

Dr. Karl-Wilhelm Hirsch

stellvertretender Vorsitzender der F.D.P Würselen
Würselen, den 17.01.1993

Wahlbetrug in Würselen

Der nun offensichtlich feststehende Wahlbetrug durch SPD-Mitglieder in Würselen erfordert Konsequenzen im Umgang der Bürger mit der Politik und der Politiker ihren Ämtern. Die Erfordernis ergibt sich nicht daraus, daß Parlamente falsch zusammengesetzt wären; die Erfordernis ergibt sich schon gar nicht daraus, da die F.D.P. und ich persönlich als Kandidat benachteiligt wurde. Die Erfordernis ergibt sich allein daraus, daß das schwindende Unrechtsbewußtsein politisch Handelnder einerseits und die verkümmerte Aufmerksamkeit des Bürgers beim Wahlverfahren andererseits es offensichtlich möglich machen, daß sich eine größere Anzahl von Beamten und Politiker konspirativ zusammenfinden und derartigen Wahlbetrug jahrelang durchführen können.

Wahlwiederholung als Konsequenz dieser Affäre wäre nicht angemessen, auch wenn die nun nachweisbar gefälschten Stimmen nur ein kleiner Teil der wirklich gefälschten Stimmenzahl sein mögen. Auch die Niederlegung des Bundestagsmandates durch des bevorteilten Achim Großmann ist keine sachgerechte Konsequenz. Mein Vertrauen in die persönliche Integrität von Achim Großmann ist durch die Machenschaften seiner Parteifreunde nicht beschädigt. Konsequenzen sollte jeder daraus ziehen.

Der Wahlbetrug konnte nur erfolgreich sein, weil eine jahrzehntelange Alleinherrschaft in Würselen zu einer Verfilzung zwischen Verwaltung und der regierenden SPD geführt hat. Ohne das richtige Parteibuch führt eine Karriere in der Verwaltung nicht wirklich nach oben. So wie die Opposition müde geworden ist, ständig ohne Erfolgsaussichten gegen diese Entwicklung anzugehen, ist die Mehrheitspartei nachlässig geworden, sich bei der Einflußnahme auf Personalentscheidungen Zurückhaltung aufzuerlegen. Beispielsweise die bevorstehende Abwahl des SPD-Stadtdirektors in Würselen, die den Steuerzahler einen Kindergarten kostet, erscheint beinahe als eine innerparteiliche Angelegenheit, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich geht.

Der Wahlbetrug konnte aber auch nur erfolgreich sein, weil der Bürger zu träge ist, an der Demokratie aktiv teilzunehmen. Wieviel parteiunabhängige Bürger haben beispielsweise bei den letzten Wahlen als Beisitzer in den Wahllokalen der Verwaltung und den Parteien über die Schulter gesehen? Selbstgerechte Kritik des Bürgers an den Politikern ist hier fehl am Platz. Demokratie muß täglich gelebt und erkämpft werden.

Für die Parteien und Politiker ergibt sich als Konsequenz aus dem Wahlbetrug, daß sie sich bei der Besetzung von Ämtern in Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen und bei der Besetzung von Aufsichtsratsposten viel mehr zurückhalten müssen. Für den Bürger ergibt sich die Konsequenz, daß er sich mehr für seinen Staat engagieren muß, um seiner Verantwortung als Souverän gerecht zu werden. Der Besuch von politischen Veranstaltungen, der Beitritt in eine Partei oder die Teilnahme bei der Wahl als Beisitzer des Wahlvorstandes sind nur Beispiele eine großen Auswahl von Möglichkeiten.